



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Die Interessen Deutschlands vertreten

Angela Merkel kündigt für den EU-Gipfel harte Verhandlungen an

Am Montag dieser Woche ging vom CDU-Bundesparteitag in Stuttgart ein Signal der Stärke und Geschlossenheit aus: Die Delegierten bestätigten mit 94,8 Prozent die Bundeskanzlerin Angela Merkel als Bundesvorsitzende der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Während die SPD innerlich tief zerrissen, verunsichert und immer noch auf der Suche nach dem richtigen Kurs ist, zeigt sich die Union als die starke Volkspartei, die Deutschland sicher durch die Krise führt.

Nachdem Angela Merkel mit dieser großen Zustimmung im Amt bestätigt wurde, gab sie als Bundeskanzlerin am Donnerstag in einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag einen Ausblick auf den Europäischen Rat am 11. und 12. Dezember 2008. Am Ende der französischen Ratspräsidentschaft werden Schwerpunktthemen des Treffens der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union das weitere Verfahren zur Fortsetzung des Ratifikationsprozesses des Vertrags von Lissabon, das Energie- und Klimapakett der Europäischen Union sowie die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft sein.

Es geht also um globale Probleme, bei denen nationale Lösungen nicht ausreichen, dennoch aber wichtige Interessen unseres Landes berücksichtigt werden müssen. Nachdem das tschechische Verfassungsgericht die juristischen Bedenken gegen eine Ratifizierung des Vertrags von Lissabon in Tschechien ausgeräumt hat, ist der Weg frei, dass

auch der 26. Mitgliedsstaat diese wichtige, neue Handlungsgrundlage für die EU ratifizieren kann. Jetzt kommt es darauf an, dass auch Irland einen Weg aufzeigt, wie dort mit dem Vertrag von Lissabon im nächsten Jahr umgegangen wird.

Harte Verhandlungen erwartet die Bundeskanzlerin beim Klimaschutz. Dabei steht Deutschland zur Zielmarke 20 – 20 – 20. Damit ist die geplante Reduzierung des klimaschädlichen CO₂-Ausstoßes gemeint: Bis zum Jahr 2020 sollen die Europäer zwanzig Prozent weniger Kohlendioxid ausstoßen als im Jahr 1990. Bis dahin soll auch der Anteil der erneuerbaren Energien auf zwanzig Prozent steigen. Um Emissionen innerhalb der EU wirksam zu senken, bleibt die Neugestaltung des Emissionshandels das zentrale Instrument. Wir müssen aber darauf achten, dass es zu einem gerechten Lastenausgleich kommt. Deutschland ist der bedeutendste Industriestandort in Europa. Deshalb ist es unser zentrales Anliegen, dass die energieintensiven Unternehmen Kompensationen erhalten, damit es durch die Versteigerung von Zertifikaten nicht zu massiven Wettbewerbsverzerrungen zum Nachteil des produzierenden Gewerbes in Deutschland kommt. Gerade jetzt brauchen unsere Unternehmen endlich Planungssicherheit. Der gerechte Lastenausgleich ist auch bei der Frage der CO₂-Emissionen für Neuwagen geboten. Auch hier stellen wir uns einer einseitigen Industriepolitik entgegen, die Arbeitsplätze in Deutschland gefährdet.

Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht

Der Bundestag hat in dieser Woche das Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ verabschiedet. Mit ihm sollen die Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf die deutsche Wirtschaft reduziert werden:

Zum 1. Januar 2009 wird befristet für zwei Jahre eine degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in Höhe von höchstens 25 Prozent pro Jahr eingeführt. Damit sollen Investitionen der Unternehmen in neue Maschinen und Ausrüstungen gefördert werden. Zusätzlich ist vorgesehen, die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Investitionsabzugsbeträgen und Sonderabschreibungen für kleinere und mittlere Unternehmen zu erweitern. Außerdem wird die steuerliche Absetzbarkeit von Aufwendungen für Handwerkerleistungen ausgeweitet und der Steuerbonus auf 20 % von 6.000 €, also auf 1.200 € verdoppelt. Zwei Jahre nach Inkrafttreten wird die Bundesregierung die Wirksamkeit der verbesserten Absetzbarkeit evaluieren.

Für PKW mit Erstzulassung ab dem Kabinettsbeschluss vom 5. November 2008 bis zum 30. Juni 2009 wird eine befristete Kfz-Steuerbefreiung für ein Jahr eingeführt, um die Kaufzurückhaltung bis zur Klarheit über die Umstellung der Kfz-Steuer auf CO₂-Basis aufzulösen. Für Fahrzeuge, die die Euro-5- und Euro-6-Norm erfüllen, verlängert sich die maximale Kfz-Steuerbefreiung auf zwei Jahre ab Erstzulassung. Die Kfz-Steuerbefreiung endet in jedem Fall am 31. Dezember 2010. Die steuerrechtlichen Maßnahmen führen insgesamt zu einer Entlastung von rund 4,1 Milliarden Euro und fördern in den kommenden Jahren Investitionen und Aufträge von Unternehmen und Privaten in Höhe von insgesamt über 25 Milliarden Euro.

SPD verhindert bessere Leistungen für Familien

Zunächst die gute Nachricht: Der Bundestag hat die Leistungen für Familien mit Kindern verbessert. Mit dem Familienleistungsgesetz erhöhen wir zum 1.1.2009 den Kinderfreibetrag um 200 Euro und das Kindergeld jeweils monatlich für das erste und zweite Kind auf 164 Euro, für das dritte Kind auf 170 Euro sowie für das vierte und jedes weitere Kind auf 195

Euro. Diese Erhöhung war nach z. T. mehr als 7 Jahren überfällig. Die Union hat dabei durchsetzen können, dass dieses Geld die Familien als Barzahlung erreicht. Nun aber die schlechte Nachricht: Unsere Pläne, das neue Schulbedarfspaket, das Kinder von Hartz IV-Empfänger zu Beginn des Schuljahres erhalten, auch auf Familien mit geringem eigenen Einkommen und über die zehnte Jahrgangsstufe hinaus zu zahlen, wurde abgelehnt. Ebenfalls verhindert hat die SPD, die Ausweitung der Steuerbefreiung von Arbeitgeberleistungen zur Kinderbetreuung auf Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr. Sie gilt daher weiter nur für nicht schulpflichtige Kinder.

Erklärung der Menschenrechte gewürdigt

Anlässlich des 60. Jahrestages der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte am 10. Dezember 1948 würdigte die CDU/CSU-Fraktion zusammen mit den Fraktionen der SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen mit dem Antrag „Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte – Grundlage für 60 Jahre Menschenrechtsschutz“ die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als Basisdokument für 60 Jahre Menschenrechtsschutz. Sie markiert den Beginn eines Jahrzehnte währenden Prozesses der Kodifizierung von Menschenrechtsstandards auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene. Deutschland hat von Anfang an einen aktiven Beitrag für einen effektiven Menschenrechtsschutz geleistet. Hierfür ist Deutschland bei der Staatengemeinschaft hoch angesehen. Wir fordern die Bundesregierung auf, im Geist der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte eine konsequente und kohärente Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen und in den innenpolitischen Politikfeldern zu betreiben und dabei eng mit Organisationen in der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten.

Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Dem Auftrag des Koalitionsvertrages entsprechend, wurde vom Bundestag die Schaffung einer auf die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung gerichteten Ausstellungs- und Dokumentationsstelle in Berlin auf den Weg gebracht.